



**Eine Welt Netzwerk
Hamburg e.V.**
Große Bergstraße 255
22767 Hamburg
Tel 040 / 358 93 86
Fax 040 / 358 93 88
info@ewnw.de
www.ewnw.de

Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2011 des Eine Welt Netzwerks Hamburg e.V. vor der Bürgerschaftswahl am 20. Februar 2011

Die Antworten der SPD-Kandidatin Ksenija Bekeris

Bankverbindung
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto 1241 122 330

Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2011 des Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.



1. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe mit einer sinnvollen Gesamtstrategie

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg sieht Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Sie betrifft alle Fragen, die sich mit der globalen Verflechtung unserer Lebensbereiche stellen, und reicht von der Bildungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Umweltpolitik in Hamburg über die Auseinandersetzung mit Rassismus bis hin zur direkten Entwicklungszusammenarbeit mit PartnerInnen in Ländern des Südens und Nordens.

Oft macht leider die eine Hand genau das, was die andere zu verhindern sucht. Stichwort Klimawandel: Plastisches Beispiel ist hier das geplante Kohlekraftwerk Moorburg, das Unmengen an CO₂ ausstoßen wird, während an anderer Stelle versucht wird, diese Emissionen einzudämmen.

Bislang findet keine regelmäßige Berichterstattung und keine Debatte über die entwicklungspolitischen Auswirkungen der verschiedenen Felder der Senatspolitik statt. Außerdem fehlt eine Diskussion über die entwicklungspolitische Gesamtstrategie des Senats. Wir halten dies aber für eine Selbstverständlichkeit, schon allein um Transparenz zu erzeugen und Ansätze für ein kohärentes Vorgehen zu schaffen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Hamburgs Entwicklungspolitik kohärenter wird und dass der Senat seine Aktivitäten einem regelmäßigen, entwicklungspolitischen Monitoring unterzieht?

Ja → Wie?

Nein → Warum?

Ja, eine zusammenhängende Entwicklungspolitik ist im Rahmen der Hamburger Möglichkeiten erstrebenswert. Der CDU-geführte Senat hat hier in den vergangenen Jahren nie eine Linie erkennen lassen. Wie ein sinnvolles Monitoring aussehen könnte, wird zu klären sein. Hier sollte der Sachverstand des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik genutzt werden. Darüber hinaus setze ich mich dafür ein, dass die Ergebnisse eines Monitorings und die daraus zu ziehenden Schlüsse mit der Fachöffentlichkeit diskutiert werden.

2. Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik

Seit vielen Jahren fordert das Eine Welt Netzwerk Hamburg einen entwicklungspolitischen Beirat, der konkrete Leitlinien für die Hamburger Entwicklungspolitik formuliert und weit reichende Kompetenzen hat.

Immerhin: Im Juni 2010 hat der neu gegründete Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik seine Arbeit aufgenommen. Bedauerlicherweise hat er aber ein sehr eingeschränktes Mandat. Vorgesehen ist lediglich, dass das ehrenamtlich arbeitende Gremium auf Senatsanfragen reagiert und Stellungnahmen - oder gar Gutachten - zu deren Anliegen erstellt. Eine Eigeninitiative der Experten und Expertinnen ist nicht vorgesehen. Zudem ist der Rat an die Legislaturperiode gekoppelt und seine

Zukunft somit ungewiss. Wir halten eine kontinuierliche Arbeit des Rates über eine Legislaturperiode hinaus für sinnvoll und effektiv.



Setzen Sie sich für einen Entwicklungspolitischen Rat ein?

Ja → Wie? In welcher Form (z. B. mit welchem Mandat und mit welcher Dauer) soll der Rat arbeiten?

Nein → Warum?

Ja, nach der Abschaffung dieses Rates durch den CDU-Senat im Jahr 2004 hatte sich die SPD stets für dessen Wiedereinführung eingesetzt – mit Erfolg. Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft hat auch deutlich gemacht, dass sie eine Kompetenz des Rates zur Formulierung entwicklungspolitischer Leitlinien sieht. Die Mitglieder des Rates werden für die Dauer einer Legislaturperiode benannt.

3. Finanzierung Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Auch wenn wir Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe sehen und finden, dass fast alle Aktivitäten der Politik und Verwaltung entwicklungspolitische Auswirkungen haben, so interessiert uns doch ganz besonders der Bereich Internationales.

Seit 2008 sind die Haushaltsansätze in den schon vorher gering ausgestatteten Bereichen Städtepartnerschaften, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit insgesamt um 85.000 Euro gekürzt worden. Zudem wurde die institutionelle Förderung von entwicklungspolitischen Vereinen vor längerer Zeit gestrichen.

Diese finanzielle und personelle Ausstattung der genannten Haushaltstitel ist einer modernen und weltoffenen Hafenmetropole unwürdig. Auch im vorliegenden Haushaltsentwurf 2011/2012 sind die Ansätze reduziert worden.

Werden Sie diese Titel aufstocken?

Setzen Sie sich für eine institutionelle Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen der entwicklungspolitischen Arbeit in Hamburg ein?

Ja → Warum?

Nein → Warum?

Der Haushaltsplanentwurf 2011/2012 des gescheiterten CDU/GAL-Senats wurde nicht mehr beraten und den vorherigen Haushaltsplänen der CDU-geführten Senate hat die Bürgerschaftsfraktion der SPD nicht zugestimmt.

Wie können aber derzeit noch nicht sagen, wie ein neuer Haushalt aussieht. Wir befürchten, dass die finanzielle Situation der Stadt schlimmer ist, als bekannt. Es wäre daher zum jetzigen Zeitpunkt unseriös, Aussagen zu machen, die später nicht eingehalten werden können.

Ob eine institutionelle Förderung geboten ist, werden wir im Einzelfall beraten und entscheiden.

4. Rolle der Zivilgesellschaft

Die meisten der entwicklungspolitischen Aktivitäten, die von Hamburg ausgehen, werden von Akteuren der Zivilgesellschaft angestoßen, getragen und vorangetrieben. Auch viele MigrantInnen in Hamburg engagieren sich in Initiativen und gründen eigene Vereine, die migrations- und entwicklungspolitische Themen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Leider bleibt deren Arbeit oft unsichtbar und sie haben mit verschiedenen Benachteiligungen zu kämpfen, etwa beim Zugang zu öffentlichen Geldern.



Wie stellen Sie sich angesichts der Haushaltskürzungen die Unterstützung neuer entwicklungspolitischer Initiativen und speziell von MigrantInnen-Organisationen vor, von denen viele zu den Mitgliedern des Eine Welt Netzwerks Hamburg zählen?

Mit einem SPD-geführten Senat werden Migrantinnen und Migranten und ihre Selbstorganisationen als Expertinnen und Experten in eigener Sache in entwicklungs-politische Initiativen eingebunden.

5. Globales Lernen / Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich verpflichtet, die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Nachfrage, etwa von Schulen, nach innovativen Projekten zum Globalen Lernen wächst – auch in Hamburg. Leider sind viele Vereine, die Projekte zum Globalen Lernen anbieten, gar nicht in der Lage, den vielen Anfragen gerecht zu werden.

So genießt beispielsweise die EWNW-Mitgliedsgruppe open school 21 bundesweit hohe Anerkennung für ihre Projekte und Methoden. Sie bietet gemeinsam mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel der Kinderkulturkarawane, den peace brigades international oder der Bramfelder Laterne, das Potential ein Zentrum für Globales Lernen in Hamburg zu werden. Dafür mangelt es allerdings sowohl an den dafür notwendigen Ressourcen als auch an der politischen Unterstützung. Es fehlt an einer Grundförderung, die es ermöglicht, langfristig zu arbeiten und auf den wachsenden Bedarf und die höheren Ansprüche an Qualität angemessen reagieren zu können.

Setzen Sie sich dafür ein, das Globale Lernen in Hamburg wirksam zu stärken?

Ja → Welche Maßnahmen möchten Sie konkret ergreifen?

Nein → Warum?

Ja, Hamburg leistet mit der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ einen wichtigen Beitrag im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Die im Hamburger Aktionsplan zur Unterstützung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 – 2014) für den Bereich Schule aufgeführten Projekte sind beeindruckend und vielfältig. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass diese Vielfältigkeit erhalten bleibt.

6. Flüchtlinge

Im Rahmen seiner Verantwortung für eine zukunftsfähige globale Entwicklung und den Ausgleich von reichen und armen Ländern könnte Hamburg eine wichtige entwicklungspolitische Aufgabe darin sehen, Vertreibung, Fluchtursachen und Armut zu bekämpfen. Ein erster Schritt wäre, den Menschen aus Afghanistan, Serbien, Kosovo, dem Irak und anderen Ländern hier – in einer der reichsten Städte der Welt - Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Dazu gehört auch, den vielen Tausenden Menschen, die in der Hansestadt seit vielen Jahren nur mit einer Duldung leben, eine Perspektive zu ermöglichen. Bislang dürfen sie nicht arbeiten und den Jugendlichen bleibt eine Ausbildung verwehrt. Zudem leiden sie unter den Sondergesetzen, die ihre Freizügigkeit einschränken. Sie haben auch eine schlechtere Gesundheitsversorgung und noch weniger Geld zum Leben als Harz-IV-EmpfängerInnen.

Besonders besorgniserregend ist die Situation für Flüchtlinge, die von Hamburg aus in das Lager Nostorf/Horst bei Boizenburg geschickt werden. Familien leben dort völlig abgeschieden, die Kinder können keine Schule besuchen!

Werden Sie sich – vor Ort und auch auf Bundesebene - für eine ernst gemeinte Gleichberechtigung und für mehr Rechte und Lebensperspektiven für die Hamburger ohne Aufenthaltstitel einsetzen?

X Ja → zur Frage von mehr Rechten und Perspektiven

X Nein → zur Frage von Gleichberechtigung

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns in den vergangenen Jahren in Hamburg und auf Bundesebene immer wieder dafür eingesetzt, die Ketenduldungen abzuschaffen. Wir möchten denjenigen Flüchtlingen eine echte Chance geben, die sich anstrengen, aus eigener Kraft in unserer Gesellschaft zurechtzukommen. Insbesondere gut integrierte Kinder und Jugendliche müssen eine reale Bleibereichtsperspektive erhalten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus ihrer Eltern. Ein Schulbesuch muss für Flüchtlingskinder ebenso möglich sein wie die Kindertagesbetreuung für Kinder von Eltern ohne Aufenthaltstitel.

Olaf Scholz hat als Bundesarbeitsminister die Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge ausgedehnt. Die SPD will auch anderen als EU-Bürgerinnen und -bürgern, die schon lange rechtmäßig hier leben, das kommunale Wahlrecht einräumen.

Eine vollständige Gleichberechtigung papierloser Menschen kann es aber nicht geben. Denn das würde bedeuten, jedem, der es mit illegalen Mitteln schafft, in unser Land zu gelangen oder hier zu bleiben, die gleiche Unterstützung zu gewähren wie denjenigen, die sich an die Gesetze halten.

7. Militarisierung

Wir meinen: Im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens sollte sich die Stadt verpflichten, die Produktion, den Handel oder den Transport von Waffen nicht mit Mitteln der Hamburger Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Hamburg sollte sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Beschränkung von Rüstungsproduktion und -export einsetzen.



Welche konkreten Initiativen werden Sie ergreifen?

Wir sehen einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik in der Förderung mittlerer und vor allem kleinerer Unternehmen. Dort werden wir die Mittel der Wirtschaftsförderung konzentrieren.

Rüstungsexporten stehe ich kritisch gegenüber. Insbesondere dann, wenn die Rüstungsgüter an Länder gehen, in denen die Menschenrechte missachtet werden.

8. Postkolonialismus

Keine andere Stadt in Deutschland hat von der europäischen Kolonialexpansion so stark profitiert wie Hamburg als „Tor zur Welt“. Das „koloniale Erbe“ ist im Stadtbild nach wie vor präsent – und beeinflusst unser Denken und Handeln. Leider wird Hamburgs Kolonialvergangenheit bis heute vom „offiziellen“ Hamburg ignoriert, verklärt, und verdrängt. Und das, obwohl einige Initiativen seit vielen Jahren auf das Fehlen postkolonialer Erinnerungsorte hinweisen. Diese Ignoranz ist peinlich für eine Stadt, die Weltmetropole sein will und in der Menschen aus allen Kontinenten leben. Immerhin: Es gibt vereinzelte Ansätze in den Bezirken. In Wandsbek etwa wird diskutiert, ob Straßennamen, die nach Kolonialherren benannt sind, umbenannt werden. Dennoch fehlt ein Gesamtkonzept der Hamburger Politik.

Werden Sie aktiv diese historische Verantwortung Hamburgs mit Leben füllen?

Ja → Wie?

Nein → Warum?

Ja. Will Hamburg sich der historischen Verantwortung stellen, gebietet es der Respekt gegenüber den Opfern, dass in Verbindung von künstlerischer, geschichtswissenschaftlicher und musealer Darstellung umfassend über alle Aspekte des kolonialen Erbes früher und heute informiert wird und Diskussionsmöglichkeiten geschaffen werden. Dieses betrifft u.a. die Themenbereiche Handelsgeschichte, Industriegeschichte, Geschichte der ehemaligen Kolonien, Welthandel und Globalisierung damals und heute. Die Entwicklung eines gesamtstädtischen postkolonialen Erinnerungskonzepts ist dabei erstrebenswert.

9. Öffentlicher Einkauf der Stadt Hamburg

Wachstum über alles? Wir meinen: Nein. Bei Entscheidungen müssen die Auswirkungen auf ArbeiterInnen und Umwelt mitbedacht werden. Löhne unter dem Existenzminimum, Gewerkschaftsverbote und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen: Das ist bei der Produktion von Computern, Blumen, Textilien, Lebensmitteln, Grab- und Straßensteinen leider oft traurige Realität.

Immerhin: 2009 hat der Senat endlich die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im Vergabegesetz verankert – allerdings nur bezogen auf einige wenige Produktgruppen wie etwa Bekleidung und Spielzeug. Computer, Telefone und Kopierer

zum Beispiel stehen nicht auf der Liste.

Zudem sind leider noch immer keine konkreten Auswirkungen des reformierten Vergabegesetzes zu spüren.



Werden Sie die Zentralen Beschaffungsstellen in den Hamburger Behörden dazu anhalten, das Gesetz anzuwenden und seine Wirksamkeit zu überprüfen?

Ja → Wie?

Nein → Warum?

Wann und für welches Produkt erwarten Sie die erste Ausschreibung größeren Ausmaßes, bei dem soziale und ökologische Kriterien ausdrücklich Berücksichtigung finden?

Ja, die Stadt Hamburg muss ihrer Vorbildfunktion gerecht sein.

Wir treten dafür ein, die ILO zu stärken. Bei Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der WHO und der Vereinten Nationen müssen die ILO-Kernarbeitsnormen stärker verankert und beachtet werden. Wir haben eine Bundesratsinitiative aus Rheinland-Pfalz und Bremen unterstützt, die den Verkauf und die Verwendung von Waren aus ausbeuterischer Kinderarbeit verhindern will. Die Bundesregierung soll sich bei der WTO für Importverbote entsprechender Produkte einsetzen.

Wir haben zudem unterstützt, dass die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen Eingang in das Hamburgische Vergabegesetz gefunden hat. Dies war durch die Änderungen der Vergabevorschriften auf Bundesebene möglich geworden, die maßgeblich von Olaf Scholz als Bundesarbeitsminister betrieben wurden. Selbstverständlich werden wir die Zentralen Beschaffungsstellen in den Hamburger Behörden dazu anhalten, das Gesetz anzuwenden und seine Wirksamkeit zu überprüfen. Schwierig ist, dass es bisher keine verbindlichen Zertifizierungen gibt, sondern die Unbedenklichkeitsbescheinigungen fast ausschließlich über Selbstverpflichtungen der Unternehmen erfolgen. Zertifizierungen müssen auf Bundesebene voran gebracht werden und es bedarf wirksamer Kontrollen.

Die einzelnen Produktgruppen sind nicht im Gesetz selbst aufgeführt, sondern in ergänzenden Vertragsbedingungen. Die Liste der Produktgruppen erscheint uns durchaus unzureichend und muss ggf. ergänzt werden. Hier muss externe Expertise eingeholt werden, ggf. gemeinsam mit den Bundesländern, die die ILO-Kernarbeitsnormen ebenfalls in ihren Landesvergabegesetzen verankert haben.

10. Hamburger Entwicklungspolitik

Welche entwicklungspolitischen Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Der SPD will Entwicklungsländern dahingehend unterstützen, zu demokratischen Ländern mit Bildung, Gerechtigkeit und nachhaltigem Wohlstand zu werden. Es gibt aber auch hier eine Arbeitsteilung und auch hier kann der Staat es allein nicht richten. Von daher sind wir allen denen, die sich hier engagieren, sehr dankbar.

Auch viele Mitglieder der SPD sind in Vereinen oder Organisationen der Entwicklungshilfe tätig oder unterstützen diese. Arbeitsteilung heißt, dass es Zuständigkeiten des Bundes gibt, aber auch Möglichkeiten der Landespolitik. Dabei spielen natürlich unsere Städte- bzw. Entwicklungspartnerschaften eine besondere Rolle. Generell gilt: Was wir in Hamburg im Rahmen unserer Landeskompentenz machen können, um Entwicklung in anderen Ländern oder Städten zu fördern, das wollen wir mit Kräften angehen.